

## Misstrauensantrag gem. § 55 GOG-NR

der Abgeordneten Grosz, Mag. Stadler, Ing. Westenthaler  
Kolleginnen und Kollegen

### **betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber dem Bundesminister für Finanzen**

*eingebraucht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage der Abgeordneten Bucher, Scheibner Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend „Höhere Steuern für Fässer ohne Boden?“ in der 64. Sitzung des Nationalrates*

Wenn Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen Josef Pröll in der Zeit seit Regierungsantritt etwas erfolgreich unter Beweis stellen konnte, so war und ist es der Umstand, dass er den Herausforderungen seines Amtes ganz offensichtlich nicht gewachsen ist, dass er ohne Hemmungen die Bevölkerung hinters Licht führt, Fakten und Zahlen je nach Laune schön und sein Hauptaugenmerk und seine Kreativität auf künftige Belastungen und Steuererhöhungen legt.

Seit Amtsantritt dieser Regierung ließ der Vizekanzler keine Gelegenheit aus, um den Österreicherinnen und Österreichern zu versichern, dass keine Steuererhöhungen oder neue Steuern kommen würden. Zuletzt noch anlässlich der Aktuellen Stunde vom 24. März 2010, in welcher der Finanzminister noch immer propagierte: „Keine neuen Steuern! Das war mein Ziel, und dazu stehe ich auch.“

Mittlerweile ist bekannt, dass sich diesbezüglich die schlimmsten Befürchtungen nicht nur bestätigt haben, sondern noch übertroffen wurden, indem nunmehr nicht mehr „nur“ von 1,7 Mrd. Euro aus Steuererhöhungen, sondern von jährlich 4,1 Mrd. Euro ab dem Jahr 2014 und 12,1 Mrd. Euro in den Jahren 2011 bis 2014 die Rede ist.

Während nun der Vizekanzler binnen weniger Tage bereit ist, den Beitrag für die „Rettung“ Griechenlands locker von 858 Mio. Euro auf 2 Mrd. Euro zu erhöhen, sieht Pröll für dringend notwendige Maßnahmen zur Stärkung der heimischen mittelständischen Wirtschaft und zur Unterstützung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine Notwendigkeit.

Damit nicht genug schlug Pröll gestern im Ministerrat eine weitere Erhöhung auf 2,3 Mrd. Euro vor, der Bundeskanzler sah überhaupt keine Möglichkeit mehr, den Betrag nach oben zu begrenzen. Dazu ist die Beteiligung Österreichs an der Erhöhung der IWF-Mittel in Höhe von rund 3,3 Mrd. Euro zu addieren.

Die geplanten Mehreinnahmen aus den Steuererhöhungen werden – wenn die Rettung Griechenlands wie vielfach prognostiziert scheitert – daher zu einem erheblichen Anteil direkt in die vergeblichen Rettungsversuche fließen.

Allein dieser kurze Auszug aus dem „Sündenregister“ des Vizekanzlers ist aus Sicht der unterfertigten Abgeordneten für die Forderung eines umgehenden Rücktritts mehr als ausreichend.

Zusammenfassend ist daher festzustellen, dass der Vizekanzler für einen Rücktritt überreif ist, da

- Pröll angesichts dieser Krise nicht mehr Herr der Lage ist, zumal sich nach seinen Vorschlägen die Budgetlage Österreichs in den nächsten Jahren deutlich außerhalb der Stabilitätskriterien bewegen wird,
- Pröll der Bevölkerung notorisch sogar auf ihre eigenen Kosten in Inseraten die Unwahrheit sagt,
- Pröll statt Reformen und Schuldenabbau massive Belastungen und Steuererhöhungen plant,
- Pröll eine Politik für die Banken und gegen die Interessen der Bevölkerung betreibt, weil das Griechenlandrettungspaket faktisch nicht den Griechen sondern den Banken und Spekulanten zugute kommt,
- Pröll das Parlament als Volksvertretung in einer für Österreich potentiell hochgefährlichen Krisensituation übergeht,
- Pröll EU-rechtswidrig Finanzhilfen an Griechenland gewährt,
- Pröll damit weitere Hilfen und Haftungen für andere zahlungsunfähig werdende Eurostaaten nicht mehr verweigern kann,
- und Pröll damit verantworten muss, dass sich der Euro entgegen aller Versprechen zu einer für das Vermögen der Bevölkerung gefährlichen Weichwährung entwickelt.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen nachstehenden

### Antrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Bundesminister für Finanzen wird gemäß Art. 74 Abs. 1 B-VG durch ausdrückliche Entschließung des Nationalrates das Vertrauen versagt.“

Wien, 5. Mai 2010

Handwritten signatures of several members of the National Council of Austria, including Gerhard Hebe, P. Winter, and others.